

14.06.2006 - 07:24 Uhr

Media Service: Heute in der Handelszeitung vom Mittwoch, 14. Juni 2006: Themen siehe Lead im Text.

Zürich (ots) -

1. Swiss Top 500: Glencore baut auf der Handelszeitung-Rangliste der grössten Schweizer Konzerne den Vorsprung gegenüber Nestlé aus. ABB und Holcim rücken vor. Dank der Hausse an den Rohstoffmärkten hat der Zuger Rohstoffkonzern Glencore seinen Umsatz im vergangenen Jahr um 34,1% auf 119,9 Mrd Fr. gesteigert. Damit hat der in breiten Kreisen der Schweizer Bevölkerung unbekannt Konzern seinen ersten Platz auf der «Handelszeitungs»-Liste der 500 grössten Schweizer Industrie-, Handels- und Dienstleistungsfirmen klar verteidigt. Mit deutlichem Abstand folgen mit Umsätzen von 91,97 Mrd Fr. und 42,45 Mrd Fr. Nestlé und Novartis. Während Roche wie im Vorjahr auf dem vierten Platz rangiert, musste Adecco den Rang fünf an die ABB abtreten. Auf Platz sieben folgt die Migros. Neu auf den Rängen acht und neun sind Holcim und die Herstellerin von Ernährungrohstoffen Cargill. Vom neunten auf den zehnten Platz zurückgestuft wurde Coop. Knapp 340 der 500 grössten Firmen weisen einen Umsatzanstieg aus. Sechs Gesellschaften konnten die Verkäufe gar um 50% steigern. Rund 70 Firmen mussten einen Umsatzrückgang melden. Auf der Top-500-Liste, welche in Zusammenarbeit mit Dun & Bradstreet (Schweiz) entstand, figurieren 125 Umsatzmilliardäre. Deutlich höher als im Vorjahr ausgefallen sind in den meisten Grossunternehmen die Betriebsergebnisse. Ebit-Margen von über 20% sind keine Seltenheit mehr. Von den 250 grössten Arbeitgebern haben rund 140 Firmen im Geschäftsjahr 2005 die Zahl der Mitarbeitenden erhöht. Top-500-Special: Rangliste mit den grössten Schweizer Firmen.

2. Swisslog-CEO, Remo Brunswiler: «Wir werden die Margen heuer steigern» - Swisslog wächst wieder und ist offen für Käufe (Interview) Swisslog Die Schrumpfkur ist vorbei: Der Auftragseingang sei so gut, dass Swisslog dieses Jahr 5 bis 10% wachsen werde, sagt Swisslog-CEO, Remo Brunswiler, gegenüber der «Handelszeitung». Weiter: «Wir werden die Margen heuer steigern.» Die Kosten der Kapitalerhöhung und des Teilrückkaufs der Wandelanleihe seien mit 12 Mio Fr. höher als erwartet. Die Transaktionen ermöglichten aber, dass Brunswiler erstmals an Übernahmen denken kann.

3. Edgar Oehler, CEO und VR-Präsident der Arbonia-Forster-Gruppe: «Einheitsaktie ist für mich kein Thema» (grosses Interview) - Der Arbonia-Chef über die Integration von Ego Kiefer, Piatti und Miele in den Konzern sowie über die Wachstumsziele mehr als 1,2 Milliarden Franken Umsatz und allfällige Akquisitionen.

4. Lonza-CEO Stefan Borgas: «Prognosen werden höher liegen» (Interview) Der Lonza-CEO über die Gewinnaussichten und den geplanten Börsengang der Division Polymere.

5. Politiker wollen Zürcher Breitbandnetz verhindern Swisscom und Cablecom wehren sich gegen den Bau eines Breitbandnetzes des Zürcher Elektrizitätswerks. Jetzt erhalten sie Hilfe von bürgerlichen Politikern. «Das ist eine Schnapsidee des Stadtrats», wettert Mauro Tuena, SVP-Fraktionschef des Zürcher Gemeinderates. Den geplanten Bau eines städtischen Breitbandnetzes für 200 Mio Fr. werde seine

Partei «mit aller Härte bekämpfen» (siehe auch «Handelszeitung» Nr. 22 vom 31. Mai 2006). Die Versorgung der Bevölkerung mit einem Glasfasernetz gehöre sicher nicht in die Kernkompetenzen des Zürcher Elektrizitätswerkes (EWZ). Zudem gehe es nicht an, dass der Staat damit private Telekommunikationsanbieter konkurrenzieren. Das ist Balsam für die Vertreter von Cablecom und Swisscom. Sie stemmen sich gegen den drohenden «staatlich subventionierten Wettbewerb». Sie sehen die Konkurrenzfähigkeit ihrer Infrastrukturen gefährdet und befürchten einen massiven Preiskampf. Schützenhilfe dürfen die Netzbetreiber auch von der CVP erwarten. «Wir stehen der Vorlage kritisch gegenüber», sagt Gemeinderat-Fraktionschef Christian Traber. Wie in allen Fraktionen hätten die Mitglieder zwar noch nicht über das Geschäft beraten, doch «die Begeisterung hält sich in engen Grenzen». Anders sieht das die SP, die in der Stadt Zürich die stärkste Fraktion stellt: «Die Veröffentlichung, dass das EWZ ein Breitbandnetz in der Stadt Zürich bauen soll, ist bei uns auf grosse Begeisterung gestossen», sagt SP-Fraktionschefin Judith Bucher. Der Vorwurf eines staatlich subventionierten Wettbewerbs sei falsch. «Es geht um die Grundversorgung, und damit um den Service public.» Selbst die FDP stellt sich die Frage, «ob ein Anschluss an ein Breitbandnetz nicht zur Grundversorgung gehört», wie Fraktionschefin Doris Weber sagt. Zudem hätten die Reaktionen von Cablecom und Swisscom gezeigt, «dass ein eigenes Glasfasernetz der EWZ den Wettbewerb ankurbeln würde». Vorbehaltlos dürfte sich die FDP kaum hinter die Breitbandvorlage stellen. Denn nicht nur Repräsentanten der Telekommunikationskonzerne wollen die FDP für ihre Position gewinnen, sondern auch SVP-Vertreter. Mauro Tuena wird zudem Cablecom, Swisscom und andere Unternehmen kontaktieren, um den 200 Mio Fr. hohen Kredit für ein EWZ-Breitbandnetz zu Fall zu bringen. Doch selbst wenn die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die Vorlage stimmen, brauchen sie Unterstützung aus dem linken Lager, um eine Mehrheit zu erhalten. Während sich die Netzbetreiber hinter vorgehaltener Hand vor einer Signalwirkung für andere Schweizer Städte fürchten, freut sich FDP-Frau Weber auf die Grundsatzdebatte. «Vor allem, weil das vorliegende Geschäft mit seinem Finanzvolumen, aber auch mit seiner politischen Bedeutung wegweisend ist.» Gerade deshalb wollen bürgerliche Politiker und Firmenvertreter alles unternehmen, um den Kreditantrag zurückzuweisen. Gelingt dies nicht, kommt es zu einer Volksabstimmung. Hier dürften sich die Netzbetreiber gegenüber der Öffentlichkeit einmal mehr passiv geben. «Wir würden gerne offen unsere Meinung sagen. Aber Kritik von unserer Seite kommt den Politikern oft in den falschen Hals. Wir schlucken deshalb lieber eine Kröte, als uns auf eine offene Auseinandersetzung einzulassen», sagt ein Repräsentant eines Netzbetreibers, der anonym bleiben will. Er fügt aber an: «Das heisst nicht, dass wir tatenlos bleiben. Die Entscheidung in Zürich hat für uns eine hohe Priorität.»

6. Die Bank Leu schliesst das Brokerage Research. Das treibt das Analystenkarussell in Zürich weiter an, das sich so schnell dreht wie seit Jahren nicht mehr. Normalerweise ist die Häufung von Analystenwechselln von einer Bank zur andern Ausdruck für anziehende Börsen und für den guten Zustand der Banken. Denn die Banken wollen ihren Kunden möglichst viele Aktien verkaufen, und dazu braucht es Fachkräfte, welche die Unternehmen beobachten und ihr Urteil dazu abgeben. Auf dem Bankenplatz Zürich ist seit Monaten eine markante Häufung von Analystentransfers zu beobachten. Zu dem bis vor kurzem guten Verlauf der Börsen gesellt sich indes ein weiterer Grund für die Hektik: Restrukturierung und Reorganisation. So löst die Bank Leu im Zuge der Zusammenlegung der Privatbanktochtergesellschaften der Credit Suisse Group zur Clariden Leu das bekannte Swiss Equity Research auf. Betroffen sind bis zu 13 Leute, darunter sechs

Analysten mit Leiter Ronald Wildmann. «Aufgegeben wird nur das Primary Research, das im Zusammenhang mit den Brokerage- und Sales-Aktivitäten erstellt wurde. In ihrem Finanzproduktebereich wird Clariden Leu ihr unabhängiges Primary Research weiterbetreiben», sagt Bank-Leu-Sprecher Thomas Ackermann. Von den 13 betroffenen Analysten und Aktien-Sales-Leuten können vier Personen bei der Clariden Leu weiter beschäftigt werden, sieben verlassen die Bank. Leiter Ronald Wildmann verlässt die Bank Leu, hat aber bereits einen neuen Arbeitgeber. Technologie-Analyst Steven Frey wechselt zu Sal. Oppenheim Schweiz, während Industriespezialist Patrick Appenzeller bei Helvea anheuert. Andrew Weiss wird die Pharma-Unternehmen in Zukunft bei der Bank Sarasin beobachten. Eckhard Freimann wird bei Clariden Leu weiter beschäftigt. Was mit den anderen 10 Analysten der Bank Leu passiert, denjenigen des Bank Leu Investment Research also, ist derzeit noch unklar. Einige von ihnen werden auch bei der zusammengeführten Bank tätig sein. Mit dem Zusammenschluss der Clariden Bank, der Bank Hofmann, der Bank Leu und der BGP Banca di Gestione Patrimoniale will die Credit Suisse Group ihre Privatbanktöchter unter dem Namen Clariden Leu zum fünfgrößten Vermögensverwalter der Schweiz zusammenschweissen. Der Abbau von insgesamt 200 Stellen soll bis zum 3. Quartal 2007 abgeschlossen, die Bank selber schon Anfang des nächsten Jahres operativ sein. Eine auffallend hohe Personalfluktuation gab es in den letzten zwölf Monaten auch bei der Sal. Oppenheim Schweiz. Fünf Analysten verliessen die Tochtergesellschaft der deutschen Privatbank in Zürich eine hohe Zahl bei einem Gesamtbestand von acht Analysten. Birgit Kuhlhoff, Peter-Mark Vogel, Amy Ils, Peter Casanova und Heinrich-Horst Wiemer zeigten der grössten unabhängigen Privatbankengruppe Europas den Rücken. Casanova, ein Versicherungsexperte, wechselt zu Lombard Odier Darier Hentsch (LODH), der Banken- und Versicherungsmann Wiemer machte sich selbstständig. «Im Investment Banking haben wir seit einem Jahr eine neue Leitung, und das Corporate Finance eine neue Strategie», sagt Christian Camenzind, CEO von Sal. Oppenheim Schweiz. «Es liegt in der Natur der Sache, dass es da zu Abgängen kommt.» Mitarbeiter bei Oppenheim umschreiben den Drive, mit welchem die neue Strategie umgesetzt wird, indes auch mit «Kulturschock». Neuer Leiter des Investment Banking Schweiz ist seit 1. Juli 2005 der deutsche Siegfried Piel. Er leitet auch das globale Handels- und Derivategeschäft von Sal. Oppenheim. Der grosse Schritt bei Oppenheim kam indes im Oktober des letzten Jahres: Mit der Übernahme von 30 Spezialisten im Bereich Firmenübernahmen und -zusammenschlüsse stieg Sal. Oppenheim mit einem Schlag zum führenden Corporate-Finance-Dienstleister der Schweiz auf. Oppenheim hat die verloren gegangenen Analysten bereits ersetzt: Als Ersatz für das Finanzteam Casanova/Wiemer wurden die Deutschen bei der Bank Sarasin und bei der Bank Vontobel fündig: Versicherungsmann Andreas Frick und Bankenexperte Xavier Lodeiro von Sarasin wechseln im Kombipack zu Oppenheim, ebenso Mario Davatz (Energie, Immobilien) und Junior-Analyst Tilman Dumrese von Vontobel. Letzterer wird nicht ersetzt, für Davatz stösst Ute Haibach von der Nationalbank aus Deutschland zu Vontobel. Sarasin wiederum klopfte bei LODH an und holte sich dort den Versicherungsexperten Roger Degen.

7. Atel-Minderheitsaktionär, die italienische AEM, droht Atel mit Bundesgericht Der Atel-Minderheitsaktionär AEM interveniert erneut bei der Eidgenössischen Bankenkommission und droht mit dem Bundesgericht.

8. Brüssel signalisiert Gesprächsbereitschaft: Die EU weicht im Steuerstreit mit der Schweiz vom bisherigen Konfrontationskurs ab. Die Europäische Union (EU) hat im Steuerstreit mit der Schweiz

offenbar kein Interesse mehr an einer bilateralen Konfrontation. Denn Brüssel signalisiert Gesprächsbereitschaft. Im so genannten Gemischten Ausschuss SchweizEU vom vergangenen Dezember hatte die Europäische Kommission der Schweiz noch vorgeworfen, sie leiste über die kantonalen Steuerregimes vor allem in Zug und Schwyz direkte staatliche Beihilfen an Unternehmen. Das stelle eine Verletzung des bilateralen Freihandelsabkommens von 1972 dar. Da es keine Schiedsinstanz zwischen den beiden Parteien gibt, könnte die EU einseitig so genannte Schutzmassnahmen verfügen, zum Beispiel in Form von Zöllen. «Eine politische Antwort der Europäischen Kommission vor der Sommerpause ist zwar möglich, aber nicht zwingend», heisst es jetzt aus Kreisen der zuständigen Generaldirektion in Brüssel beschwichtigend. Es sei nicht mehr auszuschliessen, dass die Angelegenheit still und leise schubladisiert werde. Man versuche derzeit, eine offizielle Antwort zu formulieren. Die Europäische Kommission prüfe dabei auch «Alternativen» auf Basis der Antwort der Schweiz vom 5. Mai. Bern sei es gelungen, den Sachverhalt teilweise zu klären, teilweise noch nicht. Welche konkreten «Alternativen» derzeit in der Brüsseler Administration gedanklich durchgespielt werden, ist nicht zu erfahren. Mit ein Grund für das auffallend vorsichtige Taktieren der EU im Steuerstreit gegenüber der Schweiz dürfte die mögliche Volksabstimmung gegen Ende Jahr über den autonomen Beitrag von 1 Mrd Fr. an den EU-Kohäsionsfonds sein. Brüssel hat offenbar auch aus eigenen Abstimmungsniederlagen vor allem bei der EU-Verfassung gelernt, dass man das Volk nicht erst kopfscheu machen darf und dann von ihm erwarten kann, dass es finanziellen Beiträgen zustimmt. Sicher ist aber auch, dass die bilaterale Steuerbombe noch nicht vollständig entschärft ist. Im schlimmsten Fall nämlich kann die leidige Geschichte theoretisch immer noch Gegenstand eines Beschlusses der Europäischen Kommission werden. Für die Verabschiedung einer entsprechenden Mitteilung an die Schweiz genügt eine einfache Mehrheit im 25-köpfigen Gremium. Die Haltung der Schweiz in der Sache ist nach wie vor selten kompromisslos. «Wenn die EU das ganze Dossier begraben sollte, wäre das für alle Beteiligten umso besser», kommentiert Roland Krimm auf Anfrage die neuesten Entwicklungen im bilateralen Steuerstreit kurz und knapp. Der Informationsbeauftragte der Schweizer Kantone in Brüssel weist darauf hin, dass der Ball eindeutig bei der EU liege. Bisher seien sich die beiden Seiten lediglich einig darüber, dass sie sich nicht einig seien. «Ein stilles Begräbnis der Angelegenheit wäre natürlich sehr schön», sagt auch Elisabeth Meyerhans Sarasin vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) in Bern. Der bilaterale Verhandlungsspielraum für so genannte Alternativen sei für die Schweiz weniger als Null. «Die kantonalen Steuerregimes sind nicht verhandelbar», hält Meyerhans Sarasin ausdrücklich fest. Im Übrigen dürfe sich aber niemand Illusionen machen, dass der Druck der bekannten Hochsteuerländer in Europa auf Länder wie die Schweiz noch länger erhalten bleibe. Dass die Kommission über das EU-Recht für staatliche Beihilfen weiterhin kräftig der Steuerhoheit ihrer Mitgliedsländer in die Parade fahren will, zeigen drei allein innerhalb der vergangenen Woche von der EU-Kommission eingeleitete Verfahren. So ist gegen Frankreich ein Vertragsverletzungsverfahren wegen staatlicher Beihilfen an das so genannte Blaue Sparbuch von Crédit Mutuel angelaufen. Den Schuldenerlass des slowakischen Spirituosenherstellers Frucona Kosice beurteilt die EU-Wettbewerbskommissarin Nelly Kroes ebenfalls als illegale staatliche Subvention.

Nähere Auskunft erteilt gerne Martin Spieler, Chefredaktor Handelszeitung, Zürich

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100511197> abgerufen werden.